

Soo nicht, Herr Kanzler Schröder !

Stoppt die rot-grünen Raubritter !

4,5 Millionen Erwerbslose, Millionen unter der Armutsgrenze, Steuergeschenke für die Reichen.

Der Kanzler der Bosse frißt beim SPD-Sonderparteitag im Luxushotel Estrell Lachs und Kavier, während wir - ArbeiterInnen, Angestellte, Erwerbslose, SchülerInnen, RentnerInnen, ImmigrantInnen - schon jetzt mit jedem Cent rechnen müssen, um über die Runden zu kommen. Die GG-rechtliche Bestimmungen, Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, Zusicherung der Menschenwürde bzw. Gleichheit, stehen wohl im Gesetz, doch warten insbesondere die Bedürftigen auf deren Anwendung.

Macht nichts, so die Unternehmervverbände: wer nichts hat, ist besonders arbeitswillig - für jede Drecksarbeit. Und gesetzlich wird schon reguliert: daß, wer arm ist oder benachteiligt, auch arm zu bleiben hat. Wenn's uns schlecht geht, geht's ihnen gut - so die Logik der Banker, Industriellen, Immobilienhaie. Schließlich kommen ihre Profite von unserer Arbeit. Und je billiger unsere Arbeitskraft, desto höher ihr Gewinn!

Die SPD/Grüne-Regierung ist eiligst im Begriff die dem Kapital genehmen "Rahmenbedingungen" zu schaffen.

Und das wollen Schröder, Clement und Fischer mit der "Agenda 2010":

- Kürzung des Arbeitslosengeldes

Beschränkung der Bezugsdauer bei unter 55jährigen auf höchstens zwölf Monate, bei über 55jährigen auf 18 Monate.

- Abschaffung der Arbeitslosenhilfe

Nach 18 bzw. 12 Monaten gibt es nur noch Unterstützung auf Sozialhilfeniveau

- Ausstieg aus der Beitragsparität in der Krankenversicherung:

Die Versicherungsbeiträge für das Krankengeld sollen allein den Beschäftigten aufgebürdet werden.

- Höhere Zuzahlungen

Die Leistungen der Krankenkassen werden weiter zusammengestrichen. Das bedeutet höhere Zuzahlungen für Medikamente und Behandlungen. Selbst für Arztbesuche sollen Gebühren kassiert werden. – Zwei Klassenmedizin.

- Aufweichung des Kündigungsschutz

Kleinbetriebe bis fünf Beschäftigte sollen künftig in unbegrenzter Zahl befristete Stellen schaffen können, ohne dass der Kündigungsschutz greift. Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit soll bei betriebsbedingten Kündigungen kein verpflichtendes Schutzkriterium mehr sein.

Das Programm ist der Einstieg in den Ausstieg aus jeder solidarischen sozialen Sicherung. Schröders "Reform des Sozialstaates" läuft auf die Abschaffung aller Rechte der Lohnabhängigen hinaus, die über ein Jahrhundert hart erkämpft wurden. Was Kohl in 16 Jahre nicht durchsetzen konnte, will jetzt die rot-grüne Regierung im Interesse der Banken und Konzerne, der gesamten Unternehmerschaft einführen.

So schlagen "Experten" schon **die nächsten Angriffe** vor:

- Besteuerung der Renten und Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67; Reduzierung der jährlichen Rentenanpassung. Schließlich sollen die Flächentarifverträge noch weiter ausgehöhlt werden. **Statt der Gewerkschaften sollen Betriebsräte, die nicht streiken dürfen, Tarifverträge abschließen.** Jeder soll vereinzelt und schutzlos der immer größer werdende Macht der Unternehmer gegenüberstehen. Die staatliche Aufsicht wird untergraben.

Widerstand jetzt !

Gegen den Generalangriff auf uns alle müssen wir uns gemeinsam zur Wehr setzen!
Wir brauchen keine
"Nachbesserungen" der Agenda 2010 -
das ganze asoziale
Regierungsprogramm muss ohne
Wenn und Aber vom Tisch.

- In diesem Sinne unterstützen wir die Demonstrationen und Aktionen der
Gewerkschaften. **Deshalb rufen wir auf zur**

Protestdemonstration

-- vor dem SPD-Sonderparteitag **am 1. Juni** vor dem Hotel Estrell auf !

**Wir rufen alle Parteitagsdelegierten dazu auf, gemeinsam gegen das
Reformpaket von Schröder zu stimmen und mit uns eine breite
Abwehrfront gegen sozialen Kahlschlag und Angriffe auf die Rechte der
Beschäftigten zu bilden.**

Gegen Schröders Sparpaket werden Nein-Stimmen am SPD-Parteitag aber nicht
ausreichen. Ebensovienig werden Demonstrationen und Proteste genügen. Gegen den
Generalangriff auf unsere Rechte werden nur politische Massenstreiks, Besetzungen,
Blockaden wirksam sein. Diese gilt es vorzubereiten.

Dazu fordern wir die Gewerkschaften auf !

Alternative

Wir haben eine Alternative zum Programm von Kapital und Kabinett! Die Regierung vertritt
die Interessen der Reichen, der großen Banken und Konzerne. Wir gehen von den
Interessen der großen Mehrheit aus, die hier lebt: - von den Lohnabhängigen.

**Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und gegen Sozialabbau fordern
wir:**

- Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden ohne Lohnverlust als Schritt zur Aufteilung der
Arbeit und Freizeit auf alle.
- Ein Programm gesellschaftlich nützlicher Arbeiten, bezahlt nach Tariflohn und unter
Mitbestimmung der Beschäftigten und der Bevölkerung.
- Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen von 1000 Euro/Monat ohne Schikanen
- Freier und kostenloser Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie zu den sozialen
Einrichtungen wie zur Bildung.

Diese Forderungen sind umsetzbar und finanzierbar, wenn wir dafür kämpfen.
Progressive Besteuerung von Kapital und Besitz! Entschädigungslose Rückübertragung aller
in den letzten Jahren privatisierten Unternehmen. Staatliche Regelung zur verhin-
derung von „Freibeuterei“ an Unternehmensspitzen.

Für die Krise der kapitalistischen Wirtschaft sollen die zahlen, die von ihr profitieren
und die die Krisen provozieren; - die großen Banken und Konzerne.